

Jens Kastner

1968 und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

„Die wirkliche Bedeutung der Revolution von 1968“, schreibt Immanuel Wallerstein (1997: 33), „besteht weniger in der Kritik der Vergangenheit als in den Fragen, die sie mit Blick auf die Zukunft aufgeworfen hat.“ Was als allgemeine Auslegung der Ereignisse um 1968 einigermaßen plausibel erscheint, muss im Hinblick auf die Situationen und Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland doch eingeschränkt werden. Denn was die westdeutsche Protestbewegung zu allererst von vergleichbaren und zeitgleichen Bewegungen in aller Welt unterschied, war die Abgrenzung ihrer Akteurinnen und Akteure von der Geschichte der eigenen Eltern und deren Verstrickungen in das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus. Im Anschluss an Norbert Elias ist die 68er-Bewegung in der BRD als ‚Generationenkonflikt‘ gedeutet worden.

Obwohl es für einige Zeit als Konsens der neueren bundesrepublikanischen Geschichte betrachtet werden kann, dass ‚68‘ und die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte irgendwie zusammenhängen, bleibt eine genauere Schilderung dieses Konnexes selbst bei renommierten Chronisten der Bewegung aus. So finden sich beispielsweise weder bei Kraushaar (2000)¹ noch bei Negt (1995) eigene Kapitel zum antifaschistischen Impuls der Bewegung, weder im Hinblick auf die Motivationen ihrer Entstehung noch auf die Wirkungen beziehungsweise Effekte ihres Aufkommens. Demgegenüber soll hier die zentrale Dimension der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte sowohl für das Aufkommen als auch im Hinblick auf ihre Wirkungsgeschichte behauptet werden.

Allerdings möchte ich dabei abweichend von der gängigen Interpretation die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte nicht als Generati-

onenkonflikt fassen. Nicht Generationen, sondern soziale Bewegungen sind die Akteurinnen, so die These, die in diesem Zusammenhang zu beschreiben sind. Denn dass die Debatte um den Nationalsozialismus so stark mit den 1960er Jahren, mit der so genannten 68er-Generation verknüpft wird, ist nicht auf biologische oder biographische Tatsachen zurückzuführen, sondern auf gesellschaftliche Kämpfe. Die Inhalte solcher Kämpfe ergeben sich weder allein aus den Geburtsjahren der darin Aktiven noch aus der gesellschaftlichen Konstellation von Aufstrebenden und Arrivierten – im Rahmen der Habitus-theorie, wie sie im Anschluss an Norbert Elias und Pierre Bourdieu formuliert wurde, und die das Generationenparadigma vertritt, werden diese Inhalte ausgeblendet. Inhalte, in deren Kontext auch die Abgrenzung vom Nationalsozialismus formuliert wurde, sind aber zentral für die Kämpfe um gesellschaftliche Deutungsmacht, die von sozialen Bewegungen geführt werden.

1 NS-Vergangenheit und 68er-Bewegung

Zunächst möchte ich vier Ebenen unterscheiden, auf denen die zentrale Dimension zum Ausdruck kommt, die die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit und ihr Fortleben in der Gegenwart der 1960er Jahre für die westdeutsche Studierendenbewegung einnahmen.

Zum einen kam diese Auseinandersetzung in den Selbstbeschreibungen der Akteurinnen und Akteure zum Ausdruck. Dabei lassen sich noch einmal politische Interventionen oder öffentliche Auftritte auf der einen von literarischen Thematisierungen auf der anderen Seite unterscheiden. In die erste Kategorie gehören dann

beispielsweise die ‚Angaben zur Person‘ (1971 [1969]), die Hans-Jürgen Krahl am 16. Oktober 1969 bei einer Verhandlung vor Gericht vortrug.² Darin beschreibt er unter anderem seinen Werdegang zum linken Aktivist aus einem Milieu heraus, in dem nationalsozialistische Ideologien und Einstellungen in den 1950er Jahren uneingeschränkt fortlebten. In die zweite Kategorie gehört an exponierter Stelle sicherlich der Roman ‚Die Reise‘ von Bernhard Vesper. Der Autor war der Sohn des Nazi-Dichters Will Vesper, mit dem er sich in seinem Buch auseinandersetzt. ‚Wenn wir, wie ich eben‘, heißt es in der autobiographischen Skizze, ‚beim Auf- und Abgehen eine Spinne, die an der Wand auftaucht, mit Zigarettenrauch beblasen, versuchen wir, sie zu vergasen. Ein Sohn Martin Heideggers, las ich heute, ist Oberst im Bonner Verteidigungsministerium. Das ist die andere Möglichkeit.‘ (Vesper 1989: 65)

Zum zweiten äußerte sich die Wichtigkeit der NS-Vergangenheit schon früh in den expliziten Forderungen und impliziten Bezugnahmen der Bewegung, die sich vor allem gegen führende Repräsentanten der bundesrepublikanischen Politik sowie des Wissenschaftsbetriebes und der Justiz richteten. Nach einer Phase der durch die USA betriebenen Entnazifizierung wurden in den Jahren nach Gründung der Bundesrepublik ‚die meisten Mitglieder der NS-Funktionseliten in die Wiederaufbaugesellschaft eingegliedert.‘ (Siegfried 2000: 78)³ Auch wenn die linken Studierenden weder Auslöser noch treibende Kräfte der gesellschaftlichen Debatte waren, gehörten sie zu deren (vor allem langfristige) wirkmächtigsten AkteurInnen.⁴

Im November 1959 eröffnete die viel beachtete Ausstellung ‚Ungesühnte Nazijustiz‘, die das SDS-Mitglied Reinhard Strecker organisiert hatte (vgl. Siegfried 2000: 80). Sie fachte die Debatte um alte Nazis und deren Rolle in der neuen politischen Struktur zu einer Zeit an, als die Bundesrepublik von einer Welle antisemitischer Schmierereien erfasst wurde. Die Be-

nennung von NS-Tätern in führenden Positionen der Bundesrepublik wurde zu einer der wichtigsten Aktionsformen der Studierendenbewegung. 1962 propagierte Elisabeth Lenk in der linken Studierendenzeitschrift *neue kritik* den ‚langen Zorn‘ (vgl. Siegfried 2000: 104).

Anlässlich des 20. Jahrestages des Attentates auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 hatten Studierende die Absetzung des Staatssekretärs im Entwicklungshilfe-Ministerium Friedrich Karl Vialon wegen dessen NS-Vergangenheit gefordert (vgl. Meinhof 1988 [1964]: 50). In Aachen veranstalteten namhafte deutsche Künstler, darunter Wolf Vostell, Bazon Brock und Joseph Beuys, eine umstrittene alternative Gedenkfeier zum 20. Juli, von der sich allerdings sowohl der AStA der RWTH Aachen, als auch Nachfahren der WiderständlerInnen vom 20. Juli distanzieren (vgl. Papenbrock 2007: 142f.). Es sind also nicht nur die expliziten Forderungen, sondern auch symbolische Bezugnahmen wie jene innerhalb der politisch inspirierten, künstlerischen Produktion dieser Jahre, die die Bedeutung der NS-Geschichte widerspiegeln.

Im Zentrum der antifaschistischen Kritik an Würdenträgern der Bundesrepublik mit ehemaliger Nazi-Vergangenheit stand ab der zweiten Hälfte der 1960er insbesondere Bundespräsident Heinrich Lübke (vgl. Kraushaar 2000: 38, Rusinek 2000: 119ff.). Zwar war Lübke als Zentrumsmitglied selbst Schikanen der Nazis ausgesetzt gewesen, hatte aber in den 1940er Jahren als Bauleiter im Dienste der Gruppe Schlempp am Ausbau der Heeresversuchsanstalt und der Luftwaffenerprobungsstelle Peenemünde gearbeitet. Von Seiten der DDR wurde in einer ab 1964 intensiv betriebenen Kampagne versucht, ihn daher als ‚KZ-Baumeister‘ darzustellen. Als solcher wurde er auch von der Zeitschrift *konkret* und der bundesdeutschen Linken attackiert. Wenn auch die damals vom SED-Propagandisten Albert Norden vorgelegten Beweise sich als manipuliert erwiesen, trafen die Angriffe Lübke nach neueren Erkennt-

nissen zwar an falscher Stelle, aber doch nicht grundlos.⁵ Als Bauleiter war er verantwortlich für die Beschäftigung (und den Tod) hunderter ZwangsarbeiterInnen aus dem KZ Buchenwald (vgl. Wagner 2007).

Auch der Bundeskanzler der großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger (CDU), stand wegen seiner Nazi-Vergangenheit in der Kritik der Studierendenbewegung. Am 7. November 1968 hatte sich die antifaschistische Journalistin Beate Klarsfeld Zugang zum CDU-Parteitag in der Berliner Kongresshalle verschafft. Sie erklimmte das Podium und ohrfeigte den Bundeskanzler mit den Worten ‚Nazi, Nazi!‘. In den Monaten zuvor hatte sich Klarsfeld an den studentischen Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung beteiligt und war mit Grete und Rudi Dutschke in Kontakt getreten. Dem Bundeskanzler, während des Nationalsozialismus stellvertretender Leiter der ‚Rundfunkpolitischen Abteilung‘ unter Außenminister Ribbentrop und NSDAP-Mitglied von 1933 bis 1945, hatte Klarsfeld bereits am 30. März 1968 von der Zuschauertribüne des Deutschen Bundestages die Worte ‚Nazi Kiesinger, abtreten!‘ zugerufen. Auch ein studentisches Flugblatt agitierte gegen den ‚Nazipropagandisten‘ Kiesinger und rief dazu auf, endlich nachzuholen, was 1945 veräumt worden war, nämlich eine ‚richtige Entnazifizierung‘ (zit. n. Rusinek 2000: 123).⁶

Als Fazit all dieser Aktionen kann mit Bernd A. Rusinek (2000: 118) konstatiert werden, dass die Sensibilität gegenüber der nationalsozialistischen Vergangenheit um 1968 eine ‚öffentliche Diskursherrschaft‘ erreicht hatte.⁷ Die Studierendenbewegung hatte diese Sensibilität, die seit Anfang des Jahrzehnts ständig gewachsen war, keinesfalls hervorgerufen. Aber sie hatte großen Anteil an ihrer gesamtgesellschaftlichen Durchsetzung.

Drittens sind viele der politischen Angriffsziele und der Kulminationspunkte der Bewegungen von 1968 und der folgenden Jahre gar nicht zu begreifen, werden sie nicht vor dem

Hintergrund der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und als gewissermaßen reflektierter Reflex auf diese interpretiert. Das gilt auch und gerade für die besonders paradoxen Ausformungen des Protests:

Widersprüchlich ist in dieser Hinsicht erstens die Haltung gegenüber den USA. Zwar hatte die US-Armee die Deutschen vom Nationalsozialismus befreit und hätte von der Studierendenbewegung insofern als Verbündete betrachtet werden können. Stattdessen aber wurden die USA schnell zum Gegner Nummer eins, der sogar mit der Politik des NS-Regimes in einem Atemzug genannt wurde. Diese Gleichsetzung fand nicht nur in Deutschland statt, sondern wurde im Kontext des Russell-Tribunals, das unter Leitung von Jean-Paul Sartre 1967 gegen den Krieg der USA in Vietnam zusammentrat, zu einer Art internationalem geschichtspolitischen Standard (vgl. Molden 2008). Indem der Vietnamkrieg als Völkermord klassifiziert wurde, drängte sich die Gleichsetzung mit dem Holocaust förmlich auf – auch gegen den Einspruch der jüdischen Opfer.

Widersprüchlich ist zweitens die Haltung gegenüber Jüdinnen und Juden. Statt als Opfer des Nationalsozialismus wurden Jüdinnen und Juden bald allgemein mit der Politik Israels (gegenüber den PalästinenserInnen) identifiziert und in dessen Folge sogar Ziel antiimperialistischer begründeter, militanter Anschlagversuche (vgl. Kraushaar 2005). Dem wiederum widerspricht die – sogar von Theodor W. Adorno in einem Interview geteilte – Selbstbeschreibung der Studierenden als verfolgte ‚Juden von heute‘, die schließlich in der von RAF-Mitgliedern bemühten Gleichsetzung des Hochsicherheitsgefängnisses von Stammheim mit den NS-Konzentrationslagern gipfelte (vgl. Krug 2007).

Viertens zeigt sich die Zentralität der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch an der Häufigkeit, mit der ‚68‘ und der Nationalsozialismus als gegensätzliche und/oder aufeinander bezogene Zäsuren in der deutschen

Geschichte des 20. Jahrhunderts bis heute in den Debatten auftreten: Dass die ehemalige Tagesschau-Sprecherin Eva Herman bedauert, dass im Dritten Reich geförderte Werte wie Familie und Mutterschaft von den 68ern abgeschafft worden seien (vgl. von Lucke 2008: 8) oder dass der Historiker Götz Aly (2008) die 68er mit den Nationalsozialisten von 1933 gleichsetzt, weil sie wie diese jung und gegen das ‚System‘ waren, sich als ‚Bewegung‘ verstanden und eine ‚totalitäre Sprache‘ benutzt hätten, bedarf nicht einmal besonderer Anlässe. Die beiden Phasen drängen sich als Gegen- und/oder Vergleichsmodelle offenbar von selbst auf – und zwar nicht nur im Feuilleton, sondern auch für die Legitimierung deutscher Regierungspolitik. So wurde eine der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen der 1990er Jahre, der Angriff der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien 1999, vom damaligen Außenminister Joschka Fischer ausdrücklich mit den Lehren begründet, die seine Generation aus Auschwitz gezogen habe. Die beiden Slogans der Auschwitz-Überlebenden, ‚Nie wieder Krieg!‘ und ‚Nie wieder Auschwitz‘, wurden gegeneinander ausgespielt und gegenüber der deutschen Öffentlichkeit mit der moralischen Autorität derjenigen vertreten, die seit den 1960er Jahren die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die tätigen Konsequenzen daraus repräsentieren, die Rot-Grüne Bundesregierung als selbst ernannte ‚68er an der Macht‘.

An diese vierte Ebene wird abschließend wieder anzuknüpfen sein. Denn in ihr wird nicht nur deutlich, dass der Nationalsozialismus ein wichtiges inhaltliches Anliegen der 68er-Bewegung war. Sondern hier zeigt sich auch, dass die ‚68er-Generation‘ als *Gegenstand* von Diskussionen um vergangene wie gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnisse und die Legitimierung von politischen Entscheidungen auf der Rolle basiert, die diese ‚Generation‘ nicht als biologisches und sozio-graphisches Faktum, sondern als soziale

Bewegung, also als *Akteurin* in gesellschaftlichen Prozessen hatte.

2 Gesellschaftliche Kämpfe statt Generationenkonflikt

Elias konzipiert den Generationenkonflikt ausdrücklich nicht als Konflikt zwischen verschiedenen einzelnen Eltern und ihren Kindern, sondern er betont, der Generationenkonflikt sei ein ‚sozialer Konflikt‘ (Elias 1992: 316). Damit weist er über das konkrete Beispiel der deutschen Geschichte hinaus, denn diese Art von Konflikten existieren in jeder Gesellschaft (in unterschiedlicher Ausprägung): Überall kämpfen aufstrebende Jüngere gegen arrivierte Ältere um gesellschaftliche Positionen und den Zugang zu ihnen. Auch als sozialer Konflikt reicht der Generationenkonflikt aber bei weitem nicht aus, um die Motive und Motivationen der 68er-Bewegungen hinreichend zu erläutern. Und zwar vor allem aus zwei Gründen.

Zum einen kann es *die internationale Dimension*, die trotz beziehungsweise neben der Eingebundenheit in die nationale Geschichte auch für die westdeutsche Bewegung zentral war, nicht angemessen beschreiben. Wichtige Inhalte wie die Ablehnung des Vietnam-Krieges oder die positive Identifizierung mit der palästinensischen Befreiungsbewegung wurden zwar, wie oben erwähnt, in einem spezifisch deutschen Erklärungskontext gedeutet beziehungsweise ‚geframed‘. Sie sind aber dennoch ohne die allgemeine antiimperialistische Ausrichtung und die Bezugnahme auf die antikolonialistischen Befreiungsbewegungen in der so genannten Dritten Welt nicht denkbar. Rudi Dutschke bezeichnete die Proteste gegen den kongolesischen Ministerpräsident Moïse Tschombé im Dezember 1964 als ‚Beginn unserer Kulturrevolution‘ (zit. n. <http://www.glasnost.de/hist/apo/DutschkeTschombe.html> [03.01.2008]). Tschombé galt als einer der Verantwortlichen

für die Ermordung seines Vorgängers und anti-kolonialen Hoffnungsträgers Patrice Lumumba.

Klaus Theweleit bringt die (dialektische) Erfahrung beeindruckend zum Ausdruck, was es heißt, von Deutschland und seiner Nazi-Geschichte auszugehen und gerade deshalb die Einflüsse von Außen zu fokussieren. Ohne die „öffentlich geächteten Sprachen, ausländische Sprachen, Sprachen von Feinden, undeutsche Sprachen“ (Theweleit 1995: 150) wäre das Sprechen der Neuen Linken kaum denkbar gewesen. Das sei für ihn der „Kern von 68“ (Theweleit 1995: 151): „das Aufbrechen der Stimmen aus den vielen Orten des aufgezwungenen Schweigens“. „Die Möglichkeit eines eigenen Sprechens fand von vornherein aus diesem verordneten Exil heraus statt.“ (ebd.)

Würde man nun versuchen, auch die internationalen Bewegungen um 1968 im Rahmen von Generationenkonflikten zu erklären, müsste man schließlich vollends scheitern. Zwar gab es auch in anderen Ländern, wie in Frankreich hinsichtlich des Algerienkrieges, Abgrenzungen von den Taten der älteren Generation (vgl. Gilcher-Holtey 2003: 56ff.). Bewegungen wie die in Jugoslawien oder in Mexiko, wo explizit an die Errungenschaften der Eltern- beziehungsweise Großelterngeneration angeknüpft und deren vollständige Durchsetzung gefordert wurde, geraten mit dem Generationenkonflikt-Paradigma allerdings völlig aus dem Blick.⁸ Hinzu kommt, dass die Bewegungen um 1968 im internationalen Maßstab keinesfalls dermaßen von Studierenden geprägt waren, wie das in Westdeutschland der Fall gewesen ist (vgl. Gehrke/Horn 2007). Der Generationenkonflikt spielt sich aber hauptsächlich in aufstiegsorientierten, also bürgerlichen Milieus ab und ist für andere gesellschaftliche Bereiche, insbesondere Arbeitermilieus, wesentlich weniger relevant.

Auch die politischen Inhalte der Bewegung können vor diesem Hintergrund kaum ange-

messend verstanden werden. Bereits Elias Text selbst ist von einem Vergleich durchzogen, der nur unter Ausblendung der politischen Inhalte funktioniert. Er ist darauf angewiesen, diese Inhalte zum funktionalen Beiwerk zu erklären: Elias vergleicht die beiden deutschen Nachkriegsgenerationen nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem Zweiten Weltkrieg, deren wesentliche und entscheidende Gemeinsamkeit er im „Problem des Sinnhungers“ (Elias 1992: 313) ausmacht. Elias geht es nicht in erster Linie um die Erklärung für das Aufkommen einer sozialen Bewegung, sondern um das des Terrors. Der Terror der rechtsradikalen Freicorpsoldaten Anfang der 1920er Jahre und jener der linksradikalen Stadtguerillas der frühen 1970er Jahre ist Elias zu Folge gleichermaßen als Sättigung des jeweiligen Sinnhungers zu verstehen. Die jüngere Generation habe in beiden Fällen angesichts der von älteren besetzten oberen Positionen innerhalb der Parteien keine legitimen Möglichkeiten gehabt, ihre politischen Ziele durchzusetzen und daher zu illegitimen Mitteln gegriffen.

Elias vertritt hier erstens einen sehr kurz greifenden Politikbegriff. Denn Politik schließt bei ihm zwischen Parlamentarismus und Terror liegende, politische Ausdrucks- und Durchsetzungsmöglichkeiten aus. Das verleitet ihn letztlich dazu, die politischen Ziele beider Generationen sogar gleichzusetzen: Aus der Analyse, dass es sich bei der sie umgebenden Gesellschaft um eine unterdrückerische handle und der Überzeugung, die bürgerliche Demokratie sei etwas zu Bekämpfendes, hätten sowohl die Freicorps der frühen 1920er Jahre als auch die linken AktivistInnen der späten 1960er Jahre vergleichbare Schlüsse gezogen: „In beiden Fällen stütze sich diese Überzeugung auf einen Traum, auf die Vorstellung von der Möglichkeit einer besseren und sinnvolleren Gesellschaft.“ (Elias 1992: 336)

So bleiben die politischen Ziele in seiner Analyse notwendig abstrakt. Die nahe liegende

Frage danach, *für wen* eine Gesellschaft besser und sinnvoller gestaltet werden soll, die von den AktivistInnen in den 1920er und jenen in den 1960er Jahren radikal anders beantwortet wurde, stellt sich Elias gar nicht. Er betrachtet die konkreten Inhalte allenfalls in der Funktion, die ihnen im Hinblick auf den Generationenkonflikt zukommen. Antikoloniale Befreiung, rätesozialistische Modelle, Neomarxismus, Neoanarchismus oder Feminismus werden dann zu austauschbaren ‚Ideologien‘, die sich die Bewegungen mehr oder weniger zufällig angeeignet haben. Dem Marxismus kommt demnach für die jungbürgerliche Generation eine vierfache Funktion zu: „Sie diene ihnen als Mittel zur Reinigung von dem Fluch des Nationalsozialismus, als Mittel der Orientierung über dessen sozialen Charakter wie über den der eigenen, zeitgenössischen Gesellschaften, als Kampfmittel gegen die älteren, etablierten Generationen, gegen ihre Väter, die Bourgeoisie, und als Modell einer alternativen Gesellschaft, einer sinngebenden Utopie, von der aus man die Mängel der eigenen Gesellschaft kritisch in ein helleres Licht versetzen mochte.“ (Elias 1992: 332)

Als würde er gegen Elias argumentieren, schreibt Thomas Hecken (2008: 10) zutreffend: „Tatsächlich dürfte im Falle der antiautoritären Bewegung schwer zu bezweifeln sein, dass diese polemisch konzentrierten und akademisch ausgreifenden Überlegungen nicht bloßes Beiwerk waren, sondern für viele ein zentraler Antrieb und eine wichtige Hilfe, abweichende Haltungen und Lebensformen argumentativ hervorzubringen, diskursiv zu befestigen, nachdrücklich anzunehmen und selber offensiv zu vertreten.“ Statt rein funktional, müssen die Inhalte auch als wesentliche Mobilisierungsfaktoren betrachtet werden. Es war also weniger das abstrakte ‚Problem des Sinnhungers‘ einer Generation, das Elias fokussiert, als vielmehr die konkrete Kritik an bestimmten gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, die die Bewe-

gungen mit hervorgebracht haben: kein Wiedererleben der Idee von Räte­demokratie ohne die Analyse einer reaktionären ‚Transformation der Demokratie‘ (Agnoli/Brückner) während der großen Koalition, kein feministischer Tomatenwurf gegen den SDS-Vorstand ohne die Kritik an den patriarchalen Strukturen auch innerhalb der Bewegung. Dass emanzipatorische Kritik an herrschenden Verhältnissen Protestbewegung hervorbringen und tragen kann, wird aber mit dem Fokus auf allgemeine Sinnsuche, die das Generationenparadigma vorschlägt, übersehen beziehungsweise geleugnet.

3 Soziale Bewegung statt Generation

Aleida Assmann (2007: 52f.) betont, dass Generationen selbst nicht geboren, sondern gemacht werden, also Effekte performativer Reden über Generationen sind. Die Generation ist demnach ein „Medium einer kollektivbiographischen Identitätsarbeit“ (Assmann 2007: 53). Im Wesentlichen dreht es sich bei der Frage der Generation um Prozesse der kollektiven Selbstkonstitution. Aus diesen Prozessen der Selbstverständigung würden dann auch Eingriffe in den gesellschaftlichen Wandel hervorgehen, also das, was Assmann (2007: 53) den „Anspruch einer Generation auf gesamtgesellschaftliche Deutungsmacht“ nennt.

Ich möchte dem widersprechen und bezweifeln, dass es Generationen sind, die Ansprüche auf Deutungsmacht erheben und/oder durchsetzen. Denn Deutungsmacht wird er- und bekämpft und solche Kämpfe beruhen erstens auf inhaltlichen und nicht auf generationellen Fragen. Diese Kämpfe werden auch weniger zwischen ‚Generationen‘ als innerhalb sozialer Kräfteverhältnisse ausgetragen. Solche Kräfteverhältnisse sind generationen- und milieuübergreifend. Bezieht man also zweitens habituelle Dispositionen in die Erklärung mit ein, ist nicht unmittelbar einleuchtend, warum diese Dispositionen innerhalb einer Generation eher ver-

gleichbar und zudem mehr zu Handlungen anstiftend sein sollten als beispielsweise innerhalb eines Milieus.⁹ Im Falle der 68er-Bewegung wäre die erfolgreiche Implementierung der Kritik am Fortleben der NS-Vergangenheit ohne die Vorarbeit von und die Zusammenarbeit mit deutlich älteren Akteurinnen und Akteuren, insbesondere Journalisten und Journalistinnen sowie Schriftsteller und Schriftstellerinnen von der Gruppe 47 bis Ulrike Meinhof, nicht möglich gewesen.

Wichtige Akteure und Akteurinnen im Kampf um gesellschaftliche Deutungsmacht sind weniger Generationen als vielmehr soziale Bewegungen.¹⁰ Soziale Bewegungen sollten dementsprechend auch Gegenstand der Forschung sein, wenn ‚1968‘ als Gesellschaft veränderndes Moment verhandelt wird.¹¹ Das, was Elias als das Soziale am Generationenkonflikt beschreibt und was inhaltlich die Abgrenzung vom Nationalsozialismus ausmacht, lässt sich dann auch besser mit den Methoden der Bewegungsforschung als mit jenen des Generationenparadigmas beschreiben.

Die Abgrenzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit und deren Fortwirken in der Gegenwart war, in den Begrifflichkeiten der sozialen Bewegungsforschung, sowohl ein wesentliches Framing und eine Mobilisierungsressource auf der einen, wie auch eine politische Gelegenheitsstruktur auf der anderen Seite.¹² Wie erläutert, gelang es der Bewegung in Westdeutschland, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als eine strukturelle Gelegenheit zu nutzen, in laufende Debatten einzugreifen und diese zu radikalisieren. Die Gelegenheitsstrukturen bestanden für die erfolgreiche Vermittlung des Themas NS-Vergangenheit in einer gewissen institutionellen Offenheit, die sich beispielsweise auf der Ebene der Justiz in der Diskussion um die Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen widerspiegelt. Außerdem konnte die Bewegung mit dem Vorhandensein politischer Verbündeter,

konkret in den Schriftstellern und Schriftstellerinnen, rechnen.¹³

Dabei spielte das Framing, also die Interpretation der Akteurinnen und Akteure als Nachkommen eines Täterkollektivs eine entscheidende Rolle. Die Generation ist also ein Teilaspekt eines Framings und nicht das wesentliche Strukturmerkmal der Bewegung.¹⁴ Im Gegensatz zum Generationenparadigma lässt sich mit dem Framing-Ansatz sowohl die Beteiligung von Menschen an der Bewegung erklären, die nicht ein bestimmtes Alter haben mussten, als auch die verbreitete Abstinenz gegenüber der Bewegung: Denn der überwiegende Teil der zwischen 1940 und 1950 geborenen, die Aleida Assmann als ‚68er-Generation‘ bezeichnet, war ja keineswegs an sozialen Protesten beteiligt, sondern bestenfalls deren ‚Nutznießer‘. Das Framing erfordert also bewusste Interpretationsakte, die im Falle der 68er-Bewegung den Nationalsozialismus ebenso aufgriffen wie ein internationalistisches Politikverständnis.

Auch als Mobilisierungsressource wurde die Abgrenzung zum Fortleben des Nationalsozialismus explizit wie implizit aktiv eingesetzt.¹⁵ Dass die Notstandsgesetze, gegen die sich die außerparlamentarische Opposition formierte, kurz ‚NS-Gesetze‘ genannt wurden, ist nur ein Beispiel dafür. Die Mobilisierung über das Motiv des Antifaschismus hielt letztlich weit über die späten 1960er Jahre hinaus an und bestimmte auch noch den so genannten ‚Marsch durch die Institutionen‘, gerade im Bildungsbereich. Diese Mobilisierungsressource ist letztlich wesentlicher Bestandteil dessen, was Albrecht von Lucke (2008: 10) die ‚Erfindung der 68er-Generation‘ genannt hat. Die Mobilisierungsressource dient also erst der (inhaltlichen) Herstellung der ‚Generation‘ und nicht umgekehrt.

Dass ‚die 68er‘ mit der Auseinandersetzung um die deutsche NS-Vergangenheit in das kulturelle Gedächtnis eingehen und eingreifen konnten, obwohl sie gar nicht die Hauptträgergruppe der Nachkriegsdiskussion über den National-

sozialismus waren, sondern im wesentlichen nur aufgriffen, was ohnehin diskutiert wurde (vgl. Siegfried 2000, Rusinek 2000), liegt vor allem daran, dass ihre Akteure und Akteurinnen als eine soziale Bewegung agiert haben – und nicht einen Konflikt als Generation austrugen. Die Leistung der Revolte – und darin ist Aleida Assmann zuzustimmen, denn hier schreibt sie *Revolte* und nicht *Generation* – „bestand vor allem darin, das damals herrschende Milieu des ‚kommunikativen Beschweigens‘ ins Explizite, in die Sprache von Protest und Konfrontation gewendet zu haben.“ (Assmann 2007: 55) Was die Langzeitwirkung auf das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft betrifft, ist die öffentlich wahrnehmbare kollektive Praxis, die bestimmte Konsense innerhalb spezifischer Milieus aufgreift und auf dieser Grundlage politische Fragestellungen zuspitzt – eben dies zeichnet soziale Bewegungen aus.

4 Talking about your Generation

Ich habe aufgezeigt, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein wichtiges Anliegen der 68er-Bewegung war, was sich auf vier Ebenen äußert: Erstens in den persönlichen Schilderungen und literarischen Verarbeitungen der Beteiligten, zweitens in den konkreten politischen Angriffsziele und drittens in der allgemeinen, oft paradoxen politischen Kontextualisierung der Bewegung. Und daran anschließend viertens als Bezugspunkt für verschiedenste gesellschaftliche Debatten und regierungspolitische Entscheidungen der folgenden Jahre und Jahrzehnte.

Auch wenn Dieter Rucht (1998: 130) zustimmen ist, dass die Effekte sozialer Bewegungen im Hinblick auf politische Entscheidungen und kulturelle Muster schwer messbar sind, sollte der vierte Punkt zumindest für das hier besprochene Beispiel deutlich machen, dass es sie gibt.¹⁶ Diese Effekte wiederum sind, so meine These, nicht als Auswirkungen eines Gene-

rationenkonflikts zu verstehen, sondern als Ergebnisse sozialer Kämpfe. Weil zentrale Punkte wie die politischen Inhalte und die internationale Dimension der 68er-Bewegung durch das Generationenparadigma nahezu ignoriert werden, habe ich für die Einbeziehung der Bewegungsforschung plädiert. Dass es im Zuge der Debatten um 1968 zur Herausbildung einer ‚68er-Generation‘ kam, und diese als Folge der 68er-Bewegung in Verbindung mit der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte verhandelt wird, erfordert neben der Bewegungsforschung ein systematisches Nachdenken über Formen des kulturellen Gedächtnisses und seiner Herstellung. Das kulturelle Gedächtnis ist in den Worten Susan Sontags (2005: 99f.) eine Form ‚kollektiver Unterrichtung‘ und des Sich-Einigens. Weil dieses Sich-Einigen, sich gerade in der doppelten Bedeutung von ‚Konsens herstellen‘ und ‚politische Einheit erzielen‘ innerhalb gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse vollzieht, wäre hier die Frage nach gesellschaftlichen Hegemonien zu stellen beziehungsweise die Frage nach dem Verhältnis von 68er-Bewegung und deutscher NS-Vergangenheit hegemonietheoretisch zu beantworten.

Jens Kastner ist Soziologe und Kunsthistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kunst- und Kulturtheorie der Akademie der bildenden Künste Wien und koordinierender Redakteur von *Bildpunkt*, Zeitschrift der IG Bildende Kunst, mail: j.kastner@akbild.ac.at

Anmerkungen

¹⁶Kraushaar (2000: 37) nennt die NS-Geschichte einen ‚Resonanzboden‘ der Studierendenbewegung, ohne den die Heftigkeit der Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik nicht verständlich wäre. „Durch das politische Agieren im Schatten von Auschwitz nahmen staatliche und gesellschaftliche Problemstellungen eine existenzielle Schärfe an, die man mit Aus-

nahme Japans, das seines kriegerischen Nationalismus wegen in einer bestimmten Hinsicht vergleichbar ist, vergeblich sucht.“ (Kraushaar 2000: 37f.)

²Gemeinsam mit den anderen SDS-Mitgliedern Günter Amendt und Karl Dietrich Wolff war Krahl in Frankfurt a. M. wegen ‚Rädelsführerschaft‘ bei einer Demonstration angeklagt, die am 22. September 1968 gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den senegalesischen Präsidenten Senghor stattgefunden hatte. Alle drei Angeklagten wurden am 24. Dezember 1969 wegen Aufruhr, Landfriedensbruch und Rädelsführerschaft zu jeweils einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt.

³Diese reale Präsenz ehemaliger Nazis im deutschen Staats-, Verwaltungs- und Justizwesen ist wieder zu betonen, da sich in den vergangenen Jahren die Erklärungen häufen, die das antifaschistische Motiv als bloße Imagination ohne realen Hintergrund abtun und die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit auf ein kollektives ‚Programm der eigenen narzißtischen Neuerschaffung bzw. Selbstverwirklichung‘ (Koenen 2001: 167) einiger Linker reduzieren wollen.

„Siegfried (2000: 104) betont, dass die linken Studierenden die NS-Debatte keineswegs ausgelöst hatten, sie ‚radikalisierten lediglich jenen intensiven Diskurs, der die westdeutsche Gesellschaft bereits seit zehn Jahren beschäftigte, mit dem sie groß geworden waren, der aber auch die Versäumnisse pointiert benannt hatte.‘“ Rusinek (2000: 141) setzt den Zeitpunkt, ab dem die Meinungsführerschaft in der öffentlichen Debatte über die NS-Vergangenheit ‚von den kritischen Studierenden übernommen‘ wurde, auf 1965 an.

⁴Tatsächlich jedoch lenkte dieser Streit von einer umfassenden Bewertung seiner Rolle im Nationalsozialismus nur ab. Lübke war sicherlich kein Kriegsverbrecher. Vor dem Hintergrund seiner Tätigkeit in Peenemünde und im Jäger-

stab erscheint der spätere Bundespräsident aber als einer der vielen vermeintlich technokratischen Ingenieure und Verwaltungsfachleute, die ihre Kenntnisse in den Dienst des Systems gestellt und dabei die dehnbare Trennlinie zwischen Mitwisser- und Mittäterschaft überschritten haben, ohne selbst überzeugte Nationalsozialisten gewesen zu sein (Wagner 2007).

⁶Es entbehrt nicht einer gewissen Perfidie, dass der Historiker und Alt-68er Götz Aly in seinem Bemühen, Parallelen zwischen den jungen Nationalsozialisten der so genannten 33er-Generation und der 68er-Bewegung herauszustellen, neben Joachim Fest, Max Horkheimer und Richard Löwenstein ausgerechnet Kiesinger als Kronzeugen seiner Beweisführung aufruft: „Aus ganz anderen Erfahrungen heraus gelangte der damalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zu ähnlichen Einsichten: ‚Wir, die junge Generation der 20er-Jahre, verhielten uns gegenüber den damaligen Politikern genauso arrogant, wie es unsere Studenten heute gegenüber uns sind.‘“ Deshalb riet er immer wieder zum behutsamen Vorgehen.“ (Aly 2008:34)

⁷Rusineks vorangehende These, dass diese Sensibilität bereits gegen Ende der 1950er Jahre ‚vollständig entwickelt‘ (Rusinek 2000: 118) und nur einer ‚Diskursblockade‘ (ebd.) unterlegen war, wäre gesondert zu diskutieren. Siegfried (2000: 83) stellt beispielsweise in Bezug auf die Reaktionen gegenüber der antisemitischen Kampagne 1959/60 fest, „dass der selbstkritische Diskurs in den Medien keineswegs mit der Meinung der Bevölkerungsmehrheit übereinstimmte.“

⁸Das gilt selbst dann, wenn auch Paco Ignacio Taibo II betont, dass es 1968 in Mexiko neben der relativ kleinen Gruppe von mehreren Tausend Aktivisten und Aktivistinnen auch jene große Gruppe von Leuten gegeben habe, die – im Gegensatz zu den Politzirkeln – zwar fernsehen und sich für Fußball interessierten und die das Studium als Sprungbrett für ihre Karriere betrachteten, „aber sie begannen, in einer Ge-

sellschaft, in der es mehr Selbstmörder als Fallschirmspringer gab, an der Effizienz des Sprungs zu zweifeln. Eine Gesellschaft, deren Türen sich ihnen verschlossen.“ (Taibo II 1997: 16) Das spricht sowohl für Elias, als auch gegen ihn. Denn ob diese anderen Milieus ohne die politischen Kader zu einer solchen Bewegung entwickelt hätten, muss bezweifelt werden. Zu Jugoslawien vgl. Kanzleiter 2008.

⁹Beate Fietze (1997) schließt mit ihrer Verknüpfung von generationssoziologischem und globalisierungstheoretischem Ansatz zwar dezidiert die transnationale Dimension nicht mehr aus, muss die 68er-Bewegung dafür aber auf ‚Studentenunruhen‘ beschränken. Das mag für die Situation in Westdeutschland vielleicht noch zutreffen, ist aber schon mit Blick auf Frankreich und Italien eine kaum haltbare Verengung der Perspektive, die das Paradigma des Generationenkonflikts mit sich bringt.

¹⁰Eine soziale Bewegung ist nach Dieter Rucht (1998: 117) ein auf Dauer gestelltes und durch eine kollektive Identität gestütztes, von mobilisierten Netzwerken von Gruppen und Organisationen betriebenes System von Handlungen. Deren Ziel ist es, mit den Mitteln des öffentlichen Protests sozialen Wandel herbeizuführen, rückgängig zu machen oder zu verhindern. Zur Beschäftigung mit 1968 als soziale Bewegung vgl. auch Gilcher-Holtey 1998.

¹¹„Das Spektrum dieser Generation“, schreibt Aleida Assmann (2007: 63), „reicht von den Terroristen der RAF bis zu den Trägern und Nutznießern einer tiefgreifenden, internationalen Modernisierung und sexuellen Revolution.“ Während Nutznießer potenziell mehr oder weniger „alle“ sind, handelt es sich bei den Trägern doch um eine relativ kleine Gruppe. Gerd Koenen (2001: 18) beispielsweise betont die quantitative Bedeutungslosigkeit der späten 1960er gegenüber den 1970er Jahren: „Das Kernpotenzial der Jugendrevolte von 1968 lässt sich auf (maximal) 20.000 Aktive schätzen, davon allein 4-5000 in Westberlin. Der SDS

hatte auf dem Höhepunkt etwa 2500 Mitglieder (soweit überhaupt Registrierungen stattfanden).“

¹²In der Forschungen zu sozialen Bewegungen wurde zwischen zwei eher akteursorientierten und zwei eher strukturorientierten Ansätzen unterschieden, dem Framing- und dem Ressourcenmobilisierungsansatz auf der einen und dem Gelegenheitsstruktur- und dem gesellschaftskritischen Ansatz auf der anderen Seite (vgl. Kitschelt 1999). Die klaren Grenzen zwischen diesen Forschungsansätzen beginnen sich seit einigen Jahren allerdings zu verflüchtigen. Es werden Methoden unterschiedlicher Schulen nebeneinander genutzt. Für die Anwendung dieser Ansätze auf die 68er-Bewegung vgl. Rucht 1998.

¹³Donatella della Porta (1998: 133) nennt die institutionelle Offenheit und das Vorhandensein politischer Verbündeter als die zwei wichtigsten Gelegenheitsstrukturen für soziale Bewegungen.

¹⁴Dieses Framing war wiederum nicht so eindeutig, wie Aleida Assmann nahe legt. Denn die Identifizierung mit den Jüdinnen und Juden, die sich „nicht zuletzt in der Namensgebung ihrer Kinder“ (Assmann 2007: 62) niedergeschlagen hätte, wandelte sich gerade bei den Akteurinnen und Akteuren nach dem Sechstageskrieg 1967. Danach nahm es sogar antisemitische Züge an, indem die Jüdinnen und Juden mit dem Staat Israel identifiziert wurden und für dessen Außenpolitik verantwortlich gemacht wurden. Zudem wurde später mit der wieder aufgegriffenen Dimitroff-Doktrin (1935) eine Faschismus-Analyse innerhalb der marxistisch-leninistischen K-Gruppen dominant, die den Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden gar nicht erklären konnte und ihnen damit den Status als „die Haupt-Opfergruppe des Nationalsozialismus“ (Rusinek 2000: 143) aberkannte.

¹⁵Der Ansatz der Ressourcenmobilisierung bezieht sich zwar in erster Linie auf materielle und organisatorische Ressourcen, also das Auf-

treiben von Geld, das Aufstellen von Infrastrukturen, etc. Die Platzierung von Themen sollte hier aber meiner Einschätzung nach als ideale Ressource durchaus mit einbezogen werden. Als Ressourcen können demnach auch Ideen betrachtet werden, was die Beschränkung des Ansatzes von instrumentellen auf normativ-symbolische Ressourcen erweitern würde.

¹⁶Der Ansatz der *cultural politics* verspricht hier Besserung innerhalb der Bewegungsforschung, da er sich unter Verwendung eines prozessualen und relationalen Kulturbegriffes diesen kulturellen Effekten widmet (vgl. Alvarez/Dagnino/Escobar 2004, Kaltmeier/Kastner/Tuider 2004).

Literatur

Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo 2004: Kultur und Politik in sozialen Bewegungen Lateinamerikas. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 31-58.

Alj, Götz 2008: Die Väter der 68er, in: Frankfurter Rundschau, 30.01.2008, http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/reportage/em_cnt=1279789&em_cnt_page=1.

Assmann, Aleida 2007: Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung. München: C.H.Beck.

della Porta, Donatella 1998: „1968“ – Zwi-schennationale Diffusion und Transnationale Strukturen. Eine Forschungsagenda. In: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht).

Elias, Norbert 1992: Der bundesdeutsche Terrorismus – Ausdruck eines sozialen Generationenkonflikts. In: Ders.: Studien über die Deutschen, Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 300-389.

Fietze, Beate 1997: 1968 als Symbol der ersten globalen Generation. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3/1997, 365-386.

Gehrke, Bernd/Horn, Gerd Rainer (Hg.) 2007: 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa. Hamburg: VSA.

Gilcher-Holtey, Ingrid 1998: Mai 68 in Frankreich. In: Dies. (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 11-34.

Gilcher-Holtey, Ingrid 2003: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München: C.H. Beck.

Hecken, Thomas 2008: 1968. Von Texten und Theorien aus einer Zeit euphorischer Kritik. Bielfeld: transcript.

Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth 2004: Cultural Politics im Neoliberalismus. Widerstand und Autonomie Sozialer Bewegungen in Lateinamerika. In: Dies. (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-30.

Kanzleiter, Boris 2008: Die affirmative Revolte. „1968“ in der Sozialistische Förderung Jugoslawien (SFRJ), in: Kastner, Jens/Mayer, David (Hg.): Weltwende 1968? Ein Jahr in globalgeschichtlicher Perspektive. Wien: Mandelbaum, 68-113.

Kitschelt, Herbert 1999: Politische Gelegenheitsstrukturen in sozialen Bewegungen. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: westdeutscher Verlag, 144-163.

Koenen, Gerd 2001: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Krahl, Hans-Jürgen 1971 [1969]: Angaben zur Person. In: Ders.: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer

Revolution. Frankfurt a. M.: Neue Kritik, 19-30.

Kraushaar, Wolfgang 2000: 1968 als Chiffre, Mythos und Zäsur. Hamburg: Hamburger Edition.

Kraushaar, Wolfgang 2005: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus. Hamburg: Hamburger Edition.

Krug, Uli 2007: Gefühltes Gas. Der Mythos von der Vernichtungshaft. Wie sich die RAF an die Stelle der ermordeten Juden setzte und das Land der Überlebenden zum faschistischen Staat erklärte. In: *Jungle World*, Nr. 18, 02. Mai 2007, <http://www.jungle-world.com/seiten/2007/18/9862.php>

Lucke, Albrecht von 2008: 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht. Berlin: Wagenbach.

Meinhof, Ulrike 1988 [1964]: Zum 20. Juli. In: Dies.: Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 49-51.

Molden, Berthold 2008: Vietnam und der Holocaust. Die transnationalen Proteste gegen den Vietnamkrieg als Wende im Genoziddiskurs. In: Kastner, Jens/Mayer, David (Hg.): Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive. Wien: Mandelbaum, 83-97.

Negt, Oskar 1995: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen: Steidl.

Papenbrock, Martin 2007: Happening, Fluxus, Performance. Aktionskünste in den 1960er Jahren. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): Handbuch 1968. Zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler, 137-149.

Rucht, Dieter 1998: Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde. In: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 116-130.

Rusinek, Bernd-A. 2000: Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg: Hans Christians Verlag, 114-147.

Siegfried, Detlef 2000: Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969. In: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg: Hans Christians Verlag, 77-113.

Sontag, Susan 2005: Das Leiden anderer Betrachten. Frankfurt a. M.: Fischer.

Taibo II, Paco Ignacio 1997: 1968 – Gerufene Helden. Ein Handbuch zur Eroberung der Macht. Hamburg/Berlin: Verlag Libertäre Assoziation und Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße.

Theweleit, Klaus 1995: Bonbonglas. Sprechen und Gewalt im „Land, das Ausland heißt“ – eine autobiographische Notiz. In: Ders.: Das Land, das Ausland heißt. Essays. Reden, Interviews zu Politik und Kunst. München: dtv, 143-157.

Vesper, Bernward 1989: Die Reise. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Wagner, Jens-Christian 2007: Der Fall Lübke. War der zweite Präsident der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich nur das unschuldige Opfer einer perfiden DDR-Kampagne? In: *Die Zeit*, 19.07.2007, Nr. 30, Hamburg, <http://www.zeit.de/2007/30/Heinrich-Luebke?page=all> [23.01.2008].

Wallerstein, Immanuel 1997: 1968 – Revolution im Weltsystem. In: Francois, Etienne/Middel, Matthias/Terray, Emmanuel/Wierling, Dorothee (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 19-33.